

Ökologie gehört zum Freisinn

Wie steht der Liberalismus zu staatlichen Regulierungen im Klima- und Umweltbereich?

Und: Handelt es sich bei der Neuausrichtung der FDP wirklich um eine Kehrtwende

oder nicht eher um eine Rückbesinnung auf klassische freisinnige Positionen? Gastkommentar von René Rhinow

Der Streit um das «richtige» Verständnis des Liberalismus ist so alt wie der Liberalismus selbst. Er kreist vor allem um das Menschenbild des Liberalismus, um den Begriff der Freiheit, dessen Anwendungsbereiche und um das Verhältnis zum Staat. Der Liberalismus kämpft immer für Würde, Freiheit und Lebenschancen aller Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen und sozialen Status. Dieser Schutz bedarf angesichts unserer sozioökonomischen Dichte und der gravierenden ökologischen Herausforderungen auch kollektiver Massnahmen. Der politische Liberalismus in der Schweiz war immer auch ein republikanischer Liberalismus, der sich durch ein konstruktiv-kritisches Verhältnis zum «eigenen» Verfassungsstaat auszeichnete. Eine eigentliche «Antistaatlichkeit» war und ist ihm fremd. Oft braucht es den Staat, um Freizugsmöglichkeiten überhaupt erst zu ermöglichen oder zu sichern.

Liberaler fragen aber, «welchen» Staat es braucht, um freiheitsschonende und wettbewerbsfördernde Massnahmen zu bevorzugen. Denn der politische Liberalismus wendet sich auch gegen jedes Übermass an Staatsverantwortung, gegen eine freiheitsbedrohende Regulierungsgläubigkeit, die übersieht, dass es nicht nur Marktversagen gibt, sondern auch Staatsversagen oder staatliche Überförderung.

In der Partei stärker vertreten als in der Fraktion

Freiheitsausübung trifft in aller Regel auf Freiheitsbedürfnisse von Mitmenschen, die mit gleichem «Recht» auf Schutz und Entfaltung pochen. Und, heute besonders offenkundig, sie trifft auf Freiheitsbedürfnisse von kommenden Generationen. Freiheit ist auch Freiheit von morgen, denn die Natur steht allen Generationen gleichermassen zu. Der Liberalismus muss auch auf die Nachwelt bezogen werden. Ich plädiere deshalb dafür, dass liberale Politik in aller Regel Wert- und Interessenabwägung zwischen verschiedenen heutigen und künftigen Freiheitsanliegen ist.

Die ökologische Sicht auf Freiheits- und Lebensbedürfnisse nachfolgender Generationen war in der FDP der Nachkriegszeit stets präsent, freilich mit unterschiedlichem Gewicht. Nach meiner Erfahrung war sie in der Partei stets stärker vertreten als in der Fraktion der Bundesversammlung. Das Urteil über die ökologische Ausrichtung der FDP dürfte somit davon abhängen, ob eher die Partei mit ihren Parteitagebeschlüssen, Kantonalparteien und Arbeitsgruppen oder aber die praktische Politik der Fraktion ins Auge gefasst wird. Einige Etappen der Entwicklung sollen nachstehend exemplarisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit in Erinnerung gerufen werden.

Bereits 1973 findet sich im grundsätzlichen Teil des Parteiprogramms der FDP unter dem Titel «Liberalismus heute» der visionäre Satz: «Die heutigen und die künftigen Generationen haben Anspruch auf ausreichende natürliche Lebensgrundlagen. Ihrer Sicherstellung ist jede menschliche Tätigkeit unterzuordnen; der Staat legt die nötigen Prioritäten fest.» Ein Jahr später beschloss die Partei, die Kosten von Massnahmen, die dem Schutz der Umwelt gegen schädliche Einflüsse der Energiebeschaffung und -verteilung dienen, seien dem Verursacher zu überbinden. Starker Vertreter eines liberalen Umweltschutzes war der St. Galler Nationalrat Ruedi Schatz, erster Präsident der Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege. Er setzte sich für einen Ausgleich zwischen Wirtschaftsordnung und Umweltschutz ein.

«Umweltschutzpolitik nie als blosses Lippenbekenntnis»

In den Rigi-Thesen 1981, den «Leitideen für eine liberale Zukunft», die von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Basler Nationalrats Paul Wyss erarbeitet und nach einer breiten Vernehmlassung von der Delegiertenversammlung verabschiedet wurden, heisst es unter anderem: «Ziel einer liberalen Umweltpolitik ist es, die Ressourcen

erneuert und ausgebaut, etwa in einem ausführlichen Manifest zum Umweltschutz 1986; auch dieses wurde von der Delegiertenversammlung verabschiedet. Das Manifest hält einleitend fest, die FDP dürfe für sich in Anspruch nehmen, «Umweltschutzpolitik seit langem und nie als blosses Lippenbekenntnis betrieben zu haben, sie war schon immer dabei und hat Leute, die vorn im Führerstand sassen und sitzen, wie etwa Bundesrätin Elisabeth Kopp». Die zentrale Aufgabe der Umweltpolitik bestehe darin, «die Grenzen der Umweltbelastung und der Ressourcenbeanspruchung nach Massgabe der Gefährdung festzulegen und das Instrumentarium zu schaffen, das deren Einhaltung sicherstellt». Dieser Auftrag sei nicht möglich «ohne neuen Entwicklungen angepasste staatliche Auflagen».

Schon vorher entstanden in gewissen Kantonalparteien Reformgruppen, die sich vehement für einen wirksamen Umweltschutz einsetzten, wie etwa in Baselland. Mein Wahlkampf 1987 um einen Sitz im Ständerat stand unter dem Motto Ökoliberalismus. In einem liberalen Manifest in Solothurn sticht ein Satz besonders hervor: «Die Umweltbelastung wird sich immer rascher zu einer der wesentlichsten Fragen des Zusammenlebens und des globalen Überlebens entwickeln.»

Ab 1987 konnte sich die progressive, ökoliberale Linie in der FDP immer mehr durchsetzen. Allerdings räumte Parteipräsident Bruno Hunziker an einer Tagung ein, dass sich die Fraktion im eidgenössischen Parlament wohl schwertun werde, die von der Partei gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Da hatte er nicht unrecht...

Einen grossen Schritt in die ökologische Zukunft machte die FDP 1991 anlässlich der Verabschiedung ihres liberalen Manifestes «Freiheit heute und mor-

nachwelt sowie der Einsatz für eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. «Freiheit ist immer auch die Freiheit der anderen. Sie erfordert Rücksichtnahme auf Würde und Freiheit der Mitmenschen von heute und morgen. Sie muss mit der Fortdauer menschenwürdigen Lebens auf Erden verträglich sein.»

In der Fraktion der Bundesversammlung setzten sich in den 1990er Jahren viele Freisinnige für Natur- und Umweltschutz ein. Zu erwähnen sind

Freiheit ist auch Freiheit von morgen, denn die Natur steht allen Generationen gleichermassen zu. Der Liberalismus muss auch auf die Nachwelt bezogen werden.

beispielsweise neben mir Christine Beerli, Erika Forster, Arthur Hänsenberger, Andreas Iten, Riccardo Jagmetti, Dick Marty, Lili Nabholz, Gilles Petitpierre, Sergio Salvioni, Fridolin Schiesser, Otto Schoch und Marc F. Suter. Die freisinnige Gruppe im Ständerat verlangte 1997 sogar eine ökologische Steuerreform. Ein prominenter Redaktor der NZZ, Walter Schiesser, unterstützte als Präsident des umweltpolitischen Ausschusses der FDP ökoliberale Anliegen mit Kompetenz und Herzblut.

güter: Während eine Delegiertenversammlung solchen 1986 grundsätzlich zustimmte, wandten sich die Delegierten ein Jahr später mit grosser Mehrheit dagegen, fossile Brenn- und Treibstoffe mit einer Abgabe zu belasten. Ab 1991 wurden marktwirtschaftliche Instrumente wie Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich aber in die Parteiprogramme aufgenommen, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen und die Teuerung nicht anheizen.

Doch im ersten Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende verschwand der Umweltschutz zunehmend vom Radar der Partei, und der ökologische Freisinn schrumpfte zur Bedeutungslosigkeit. Das mag auch damit zu tun haben, dass sich in der Partei wie in der Fraktion damals (zu) wenige Persönlichkeiten für ökologische Anliegen starkmachten. Ist es ein Zufall, dass in der Zeit dieses Richtungswechsels die Grünliberalen entstanden und an die Stelle des Ökofreisinns traten?

Diesem Rückblick auf einzelne Postulate und Persönlichkeiten der FDP können drei Folgerungen entnommen werden: Erstens standen Umweltanliegen seit den 1970er Jahren immer auch im Fokus der FDP, ihre innerparteiliche Bedeutung schwankte aber im Laufe der Zeit erheblich. Der heutige Positionsbezug der FDP stellt somit keine Kehrtwende dar, sondern eher eine Rückbesinnung auf bereits früher vertretene Werte. Zweitens gehörten zum liberalen Umweltschutz immer auch staatliche Interventionen, auch wenn liberalen Instrumenten der Vorzug gebührt. Drittens bestätigt sich eine gewisse Kluft zwischen Partei und Fraktion, die sich traditionsgemäss nicht allzu sehr auf Parteibeschlüsse verpflichten liess. Es ist zu hoffen, dass die neue Fraktion der FDP diese Erfahrung Lügen straft.

